

# Holzarbeiter-Zeitung

## Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementpreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: J. B. Fröh Farnow, Berlin.  
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrücker, Berlin.  
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 18, Am Köpenicker Park 2.

Inserate für die oberspaltene Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg.  
Bergütigungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.  
Veranstaltungsanzeigen 15 Pfg.

### Der Verband hält durch!

„Durch die allgemeine Besserung des Wirtschaftslebens im Lande hat sich in den letzten Wochen die Lage des Verbandes so entwickelt, daß seine Zukunft als unbedingt gesichert gelten kann.“

So steht es in den Mitteilungen des Vorstandes über die neuen Beschlüsse zum Statut in der letzten Nummer der „Holzarbeiter-Zeitung“. Wenige, im Neuzug anpruchlos und doch so inhaltsschwere Worte. Welch ein verhaltener Jubel darin liegt, das kann nur der empfinden, der in den schweren, bangen Monaten, die hinter uns liegen, die Verantwortung für den Verband in sich gefühlt, der mitgebebt hat, als unter den ersten Stößen des Kriegsturms das Haus stürzte, zu dessen Bau wir in jahrzehntelanger, mühevoller und opferreicher Arbeit Stein um Stein getragen hatten.

Hinterher ist gut lachen. Aber damals, in den ersten Tagen und Wochen des August, war doch allen, die es ernst nahmen mit der Organisation, verheißt anders zu Mute. Kaum war die Kriegserklärung bekannt geworden, als beim Verbandsvorstand telegraphisch und brieflich eine Hiobspost die andere jagte: „Alle Kollegen gekündigt“, „Sämtliche Betriebe geschlossen“, „Unsere Mitglieder zu 90 Prozent arbeitslos“ — so und ähnlich ertönten die Hilferufe aus allen Ecken des Reiches. Die Holzindustrie zeigte sich fast in ihrer ganzen Ausdehnung als ein Trümmerfeld, einzelne ihrer Gewerbe waren bis in den Grundmauern auseinandergeprengt. In der ersten Kriegswoche 1914, in der zweiten 43,3 Prozent Arbeitsloser unter den daheimgebliebenen Mitgliedern. Der Zusammenhang in den Zahlstellen und den Verwaltungen wurde durch die Mobilmachung zerrissen. Eine Panikstimmung griff bis weit in die Reihen unserer Mitglieder hinein; die schier unsagbare Kriegskatastrophe schlug die Köpfe in dumpfe Betäubung. Was konnten nun, nachdem die Welt aus den Angeln gehoben schien, solche Dinge, wie die Gewerkschaftsorganisation, noch für eine Bedeutung haben?

In diese Ereignisse und Stimmungen müssen wir uns noch einmal hineinsetzen, um die volle Bedeutung dessen zu erfassen, daß nunmehr des Verbandes Zukunft „als unbedingt gesichert gelten“ kann. Wie ein befreiender Jubelruf klingt sich das Wort von den Lippen. So mag dem Schiffer zu Mute sein, der, vom Orkan überrascht, auf wildaufläufenden Wogen, an tödlichen Klippen und an gefährlicher Brandung vorbei, sein Schiffelein unbeschädigt gesteuert hat und nun freies, sicheres Fahrwasser vor sich sieht. Wenn der Sturm ausbricht, hängt die Rettung des Schiffes davon ab, daß rechtzeitig die Segel gereift werden und alles entbehrliche Zeug eingeholt wird. Nicht anders, als in Erfüllung dieser Kapitänspflicht, hat auch der Verbandsvorstand gehandelt, als er sofort nach Kriegsbeginn die entbehrlichsten Unterstützungen niederholte und an Stelle der Friedensregelung, die das Schiff in die Tiefe gerissen hätte, das letzte Sturmsegel der Kriegsunterstützung setzte. Manches schien es, als ob auch dieses noch zu groß sei, um den ungeheuren Druck des Krieges auszuhalten. Aber allmählich ebnete der Sturm ab, und von Woche zu Woche sank der Prozentfuß der Arbeitslosen. Die Besiegel konnten wieder geholt werden: Gemahregeltemunterstützung, Sterbefeld, Umzugsunterstützung, Rechtschutz und Notfallunterstützung. Und dazu als ein besonderes Erfordernis der Kriegszeit die Gewährung von Fahrgeld zum Eintritt auspartijer Arbeitsstellen. Alle diese Unterstützungen sind neben der seit her gewährten Kriegsunterstützung mit dem 1. April wieder in Kraft getreten. Die meisten Mitglieder werden in dieser Neuordnung mehr erblicken, als sie schon jetzt erwarteten. Tatsächlich hat auch eine größere Anzahl Verwaltungen bei der vorausgegangenen Umfrage die Meinung vertreten, daß vorläufig noch von jeder Erweiterung der Verbandsleistungen abgesehen werden solle. Auf der anderen Seite sind aber doch sehr gewichtige Gründe für die Wiederinführung der genannten Unterstützungsarten geltend gemacht, und schließlich sprach auch die Erwägung mit, daß damit der Agitation für den Verband neues Leben eingehaucht wird. Wir dürfen denn auch wohl die Erwartung aussprechen, daß die neuen Maßnahmen von den Verbandskollegen mit derselben Einmütigkeit für gut und richtig beurteilt werden, wie die Beschlüsse des Vorstandes zu Beginn des Krieges.

Wenn auch die finanzielle Tragweite der Neuordnung nicht unterschätzt werden darf, für bedeutungsvoller noch halten wir den Geist der Zuversichtlichkeit, der voraus hervorleuchtet. Sie bedeutet nicht mehr allein die Hoffnung: Wir werden durchhalten!, sondern die Zuversicht: Wir haben durchgehalten!

Und diese hoffnungsvolle Zuversicht gilt es jetzt, nicht nur in die Reihen der Mitglieder, sondern in die gesamte deutsche Holzarbeiterschaft hineinzutragen. Wir erwarten für die Organisation sehr viel für die Zeit nach dem Kriege. Mag man uns Optimisten schelten, aber daß die ungeheuren Opfer, die von der Arbeiterschaft in dieser schweren Kriegszeit für das Vaterland gebracht worden sind, daß die aufopfernde Tätigkeit der Gewerkschaften bei der Vinderung des Notstandes und der Regelung des ganzen Wirtschaftslebens, daß alles das ohne günstigen Einfluß auf die spätere Gestaltung unserer Verhältnisse bleiben, daß die warmherzigen Worte der Anerkennung, die uns jetzt so reichlich auch aus den Reihen früherer Gegner zufließen, ganz und gar vergessen sein sollten, wenn die Kriegsnot vorüber ist — das anzunehmen sträubt sich unser ganzes Empfinden.

Nur geben wir uns darüber keiner Täuschung hin, daß auch nach dem Kriege die Früchte, die für uns am Baume der Nation wachsen, von uns selber gepflückt werden müssen, daß wir die Erfüllung der durch die Kriegsoffer erworbenen Ansprüche nur erwarten können, wenn wir hinreichend als bevollmächtigte Vertreter der Arbeiter legitimiert sind. Von der Stärke der Organisation wird auch in Zukunft alles abhängen. Erhalten und verstärken wir aber unsere Kraft und Bereitschaft, gelingt es uns vor allem auch, die noch großen Massen der Indifferenten aufzurütteln und sie mit unter unserer Fahne zu vereinigen, dann werden wir nach dem Kriege größere Entwicklungs- und Erfolgsmöglichkeiten vorfinden, als unter gleichen Umständen vor dem Kriege zu erwarten gewesen wäre.

### Anwürfe aus der Schweiz.

In der ersten Dezembernummer des vorigen Jahrganges haben wir in einem Artikel „Die deutschen Arbeiter und der Weltkrieg“ grundsätzlich unsere Haltung zur Kriegsfrage auseinandergesetzt. Wir betonten, daß die deutsche Arbeiterschaft ein Lebensinteresse an der Aufrechterhaltung der nationalen Existenz Deutschlands hat, und daß ihr und den Arbeiterorganisationen nichts Schlimmeres zustößen könnte, als unter die russische Kante zu kommen. Das dünkt uns deutschen Arbeitern so selbstverständlich, daß es eigentlich überflüssig erscheint, darüber auch nur ein Wort zu verlieren. Wir wurden aber zu dieser Feststellung veranlaßt durch eine Bemerkung der Schweizerischen „Holzarbeiter-Zeitung“, die in einer Kritik unserer Haltung schrieb, daß es uns gleichgültig sein müßte, ob die Grenzpfähle weiter nach Osten oder nach Westen verschoben würden, da ja unsere Bestrebungen, wie z. B. Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie gebührende Anteilnahme an den durch unserer Hände Arbeit erzeugten Produkten in dem preußisch-deutschen „Kulturstaate“ mindestens mit derselben Gewalt, vielleicht nur mit etwas raffinierteren Mitteln unterdrückt werden, als in dem absolutistisch regierten Staat des Väterchens Nikolaus“. Obwohl es erhebliche Ueberwindung kostet, solchen Ansichten gegenüber den Ernst zu bewahren, haben wir uns damals doch bemüht, sachlich den Irrtum richtig zu stellen und geschrieben:

„Was hier vom Verrücken der Grenzpfähle gesagt ist, mag gelten. Im übrigen aber lehnen wir die aufgestellte Behauptung auf das entschiedenste ab. Wir gehören ganz gewiß nicht zu den Lobrednern preußisch-deutscher Zustände. Wer es aber fertig bringt, die Verhältnisse in Deutschland mit denen in Rußland auf die gleiche Stufe zu stellen, urteilt über Dinge, die er nicht kennt. Die Lage der Arbeiter in Deutschland ist gewiß sehr verbesserungsbedürftig; wer aber auch nur eine blasse Ahnung von russischen Zuständen hat, wird alles in Bewegung setzen, um deutsches Gebiet vor der Herrschaft der russischen Kante zu schützen. Es ist unser schärfster Wunsch, daß Deutschland als Sieger aus diesem Kriege hervorgehe, und wir betrachten es als eine Aufgabe der deutschen Arbeiterschaft, ihr Wollen und Können an den Sieg der deutschen Sache zu setzen. Das widerspricht nicht unserer grundsätzlichen Friedensliebe, auch nicht den Protesten, die wir gegen die Herausbeziehung des Krieges erhoben haben. In diesem Kriege geht es um die Existenz Deutschlands, auch die Arbeiter sind daran interessiert, daß Deutschland nicht wieder zerrissen, daß sich vor allem nicht die Barbarei des Zarenismus in Deutschland breitmache. Wir haben gegen den Krieg protestiert, solange es Zeit war. Nachdem aber der Krieg, trotz unserer Proteste, zur Tatsache geworden ist, wäre es nicht nur Verrat an Vaterland, sondern auch Verrat an den heiligsten Interessen der deutschen Arbeiter, wollten wir nicht jetzt rückhaltlos für den Sieg Deutschlands eintreten.“

Das „Bulletin“ der Internationalen Union der Holzarbeiter stellte in seiner Nummer 1 dieses Jahres verschiedene Stimmen zum Kriege aus den der Internationalen angeschlossenen Organisationen zusammen. Darunter auch einen Auszug aus unserem Dezemberartikel. Der Sekretär der Internationalen Union, Kollege Leipart, begnügte sich damit, die Neußerungen aus den verschiedenen Ländern wiederzugeben, ohne selber mit einem Wort

Stellung dazu zu nehmen. Nichtsdestoweniger erschien im französischen Teil der Nr. 8 der Schweizerischen „Holzarbeiter-Zeitung“ folgender gehässiger Anwurf:

### „Ein Absteigener.“

Man kann sich wundern, heute gewisse syndikalistische Führer zu sehen, wie sie sich im nationalistischen und patriotischen Schlamme rollen, nachdem sie während so langer Jahre die internationalistische These hochgehalten haben. Man lese nur, was Theodor Leipart, der Sekretär der Internationalen Holzarbeiter-Union, in seinem letzten Bulletin schreibt als Antwort auf einen Artikel über den Krieg, der in unserem Blatte erschien:

(Hier folgt der oben schon zitierte Auszug aus unserem Dezemberartikel.)

Es ist entschieden eine heikle Sache, einen Chauvinismus, der chauvinistischer wie der Kaiser ist, durch unseren internationalen Sekretär ausgedrückt zu hören. Er gehört ganz sicher nicht mehr auf seinen Platz.“

Wir haben zu dieser ungezogenen Anrempelung zunächst geschwiegen, nachdem wir hörten, daß Kollege Leipart sich deswegen an den Vorstand des Schweizerischen Holzarbeiter-Verbandes gewandt hatte. Dieser antwortete nach längerer Zeit, daß für den französischen Teil der Schw. „H.-Z.“ allein der für die französische Schweiz angestellte Verbandssekretär Pauli verantwortlich sei. Er sei ersucht worden, richtig zu stellen, daß die angezogenen Äußerungen nicht von Leipart stammen, sondern von der „Holzarbeiter-Zeitung“. Im übrigen könne der Vorstand des Schweizerischen Verbandes die Haltung der deutschen Gewerkschaftsführer gleichfalls nicht teilen. — Wir sind der Meinung, daß der Vorstand unseres Schweizerischen Bruderverbandes seiner grundsätzlichen Auffassung nicht das geringste vergeben hätte, wenn er auch ein Wort des Bedauerns darüber gefunden hätte, daß in seinem Organ einer seiner verantwortlichen Angestellten sich in niedrigen Beschimpfungen des internationalen Sekretärs gefällt.

In der Nr. 12 der Schw. „H.-Z.“ ist nun auch die „Richtigstellung“ erfolgt, jedoch beeilt sich Pauli, hinzuzufügen, daß dies lediglich eine Formsache sei, und daß er in der Sache selbst nichts zurückzunehmen habe. Er führt u. a. aus:

„... Im ganzen genommen enthielt der wieder-gegebene Auszug eine Reihe von Sätzen, die einen übermäßig Chauvinismus vertreten. ... Da wir wissen, daß unsere Brüder jenseits des Rheins nicht alle so merkwürdige Ansichten vertreten, mußten wir glauben, daß der wahre Urheber solcher Hirngespinnste der internationale Sekretär Leipart selbst sei. ... Wir dachten zuerst, es sei unter so schwierigen Umständen unsere Pflicht, nichts zu sagen. ... Als wir aber im internationalen Bulletin dieselben wahnwitzigen Phrasen gesehen hatten, wie sie auch haufenweise in den Tageszeitungen der deutschen Junker und Surrapatrioten stehen, wie z. B. „Das Vaterland in Gefahr“, „rückhaltlos für die deutsche Sache eintreten“, „Es ist unser schärfster Wunsch, daß Deutschland als Sieger aus diesem Kriege hervorgehe“ usw., dann mußten wir sprechen. Wir klagten Leipart an, er sei ein Ueberläufer, ein Chauvinist, sei nicht mehr der rechte Mann am rechten Platz. ... Leipart bestreitet, Verfasser des Artikels zu sein, der nach dem Organ des deutschen Verbandes abgedruckt worden ist. In diesem Falle müßte unser Vorwurf, den früheren Boden verlassen zu haben und nunmehr der Sache der schlimmsten Feinde der Arbeiterschaft zu dienen, sich gegen die Redaktion des genannten Blattes richten. Wir nehmen davon Notiz.“

Diese Richtigstellung ist indessen nur rein formaler Art, im Grunde genommen kann sie den internationalen Sekretär nicht von den Anklagen befreien, die wir, ohne etwas zu verschweigen und ohne Partei zu ergreifen, formuliert haben, indem wir ganz einfach das Ausgedrückte haben, was man in der Schweiz über die Stellungnahme der deutschen Gewerkschaften während des Krieges denkt. Daß diese Stellungnahme vollständig mit dem Gesichtspunkte unseres internationalen Sekretärs übereinstimmt, geht zur Genüge aus den früheren Erklärungen, die er selbst unterzeichnet hat, hervor. Man möge uns also nicht dazu zu überreden versuchen, ihn in Triumph tragen zu wollen wegen seines Patriotismus, den er für sich behalten kann. ...“

Es bleibt also nach Pauli dabei, daß der internationale Sekretär, Kollege Leipart, sich „im nationalistischen und patriotischen Schlamme rollt“, daß er „chauvinistischer als der Kaiser ist“, und daß er „nicht mehr auf seinem Platz“ gehört. Das soll er nun durch seine „früheren Erklärungen“ bewiesen haben. Uns ist nur eine einzige solche Erklärung bekannt, nämlich diejenige, die in Nr. 8 des „Bulletin“ vom vorigen Jahre abgedruckt ist. Merkwürdigerweise hat die Schw. „H.-Z.“ ihren Lesern diese Erklärung bis zum heutigen Tage verschwiegen. Verfüchtete sie etwa, daß ihre Leser nicht mehr so recht an den „patriotischen Schlamme“ glauben werden, in dem sich der internationale Sekretär wälzt, wenn man ihnen Gelegenheit gibt, seine Worte nachprüfen zu können? Eignet sich die Erklärung Leiparts vielleicht weniger gut zum Herunterreißen, als die von uns ge-

brauchten Säge? — Im übrigen werden wir den Jörn des Kollegen Pauli mannhaft zu ertragen wissen. Er lebt in einer Gegend, in der der französische Chauvinismus tollere Buzelbäume schlägt, als in Frankreich selbst. Wenn dieses Treiben sich einmal wieder gelegt haben wird, dann — wir zweifeln nicht daran — wird auch mit dem Kollegen Pauli wieder wie mit einem verständigen Menschen zu reden sein. Bis dahin aber halten wir es für ganz unfruchtbar, mit ihm über die Berechtigung des nationalen Gefühls bei uns deutschen Arbeitern zu streiten. Das ist auch schließlich eine Angelegenheit, die wohl am zweckmäßigsten die Angehörigen jeder Nation unter sich abmachen.

Um aber nichts unverstucht zu lassen, im Auslande das Verständnis für unsere Haltung zum gegenwärtigen Kriege zu erleichtern, wollen wir noch einmal unterstreichen, welches — abgesehen von allem Gefühlsmäßigen — die wirtschaftlichen Interessen der deutschen Arbeiter sind, die sie zwingen, an der Verteidigung ihres Landes teilzunehmen. Daß sich die materielle Lage der Arbeiter in engster Abhängigkeit befindet von der wirtschaftlichen Struktur des Landes, in dem sie leben, und der Höhe der wirtschaftlichen Entwicklung, das ist eine nationalökonomische Binsenwahrheit, die nicht anzuzweifeln ist. Aber auch die Entwicklungsmöglichkeiten für die Arbeiterorganisationen, ganz besonders der gewerkschaftlichen, sind aufs innigste verknüpft mit der Entwicklung des nationalen Wirtschaftslebens. Daß wir in Deutschland in wenigen Jahrzehnten aus kümmerlichen Anfängen heraus zu der stärksten Arbeiterbewegung gekommen sind, das haben wir nie darauf zurückgeführt, daß wir Deutsche so ausnahmsweise forche und tüchtige Kerle sind, sondern wir sehen darin nur die Folgeerscheinungen des glänzenden wirtschaftlichen Aufstiegs, den Deutschland in dieser Zeit genommen hat. Sollen nun die deutschen Arbeiter mit verschränkten Armen zusehen, wenn sich mißgünstige Mächte daran machen, nicht nur den weiteren wirtschaftlichen Aufstieg zu unterbinden, sondern das wirtschaftliche Deutschland zu vernichten? Soll es uns so ganz gleichgültig bleiben, ob wir in unseren materiellen Verhältnissen um Jahrzehnte zurückgeworfen, ob unsere Organisationen nach einem gewalttätig herbeigeführten Zusammenbruch des Wirtschaftslebens dezimiert werden? Hart an den Grenzen in West und Ost liegen die Hauptlebensadern unseres Wirtschaftslebens, die wichtigsten Industriezentren. Bei einer Niederlage Deutschlands stehen sie in Gefahr, der Annexion zu verfallen, und damit würde die deutsche Arbeiterschaft wirtschaftlich und kulturell um ein halbes Jahrhundert zurückgeworfen. Wenn wir uns mit allen Fasern unseres Herzens gegen dieses Schicksal sträuben, wenn wir uns mit allen Volksgenossen verbinden, um diese Gefahr von uns und dem Lande abzuwenden, so ist das wahrlich kein Surrapatriotismus, sondern die Verfechtung ureigner Lebensinteressen.

Von den Genossen im neutralen Ausland können wir nicht verlangen, daß sie unsere Empfindungen teilen, wir können ihnen auch nicht vorschreiben, ob und welchen der kriegführenden Staaten sie ihre Sympathien zuwenden sollen. Nur Objektivität und Gerechtigkeit beanspruchen wir. Diese Eigenschaften aber läßt die Schweizerische „Holzarbeiter-Zeitung“ in ihrer Kritik unserer Haltung vollständig vermissen. Sie stellt die Tatsachen geradezu auf den Kopf, wenn sie schreibt:

„In keinem anderen Lande als Deutschland mißbrauchen aber die Organe der Arbeiterorganisationen seit Anfang des Krieges in einem solchen Grade die sinnlosen Worte „Vaterland“, „nationale Ehre“, „Würde der Nation“, sie sprechen nicht einmal davon.“

Und wenn uns dann gar schon die französischen Organe als Musterbeispiele vorgeführt werden — da hört denn doch verschiedenes auf! Ist dem braven Kollegen Pauli unbekannt, daß die französischen sozialistischen Abgeordneten ohne jede Ausnahme für den Krieg gestimmt, daß sie seit dem 1. August, an welchem Tage Hervé schrieb: „Was ist die Pflicht des Sozialisten? Wie ein Mann jetzt zur Grenze marschieren!“ unermüdet die organisierten Arbeiter für den Krieg anfeuern? Ist ihm unbekannt, daß die Arbeiterführer Guesde und Baillant fieberhaft daran arbeiten, auch die Italiener und Japaner noch in den schrecklichen Krieg hineinzuzerren? Und was den Gebrauch nationaler Phrasen anbetrifft, so nimmt Kollege Pauli sich vielleicht einmal die Weihnachtsproklamation der französischen sozialistischen Partei zur Hand, die ein vollständiges Vokabular nationaler Phrasen und Gemeinplätze enthält. Und ebenda wird er auch die Aufforderung an die französischen Arbeiter finden, nicht nur für die Verteidigung des Vaterlandes, sondern auch für die Losreißung Elsaß-Lothringens von Deutschland zu kämpfen.

Wir würden kein Ende finden, wenn wir die in unseren Händen befindlichen Beweise dafür, daß in der organisierten Arbeiterschaft der anderen kriegführenden Staaten ein weit leidenschaftlicherer nationaler Eifer entfaltet wird als bei uns, hier anführen wollten. Wir verweisen nur noch auf die Kundgebung der englischen Arbeiterführer vom 15. Oktober 1914, die von den hervorragendsten Gewerkschaftsführern mitunterzeichnet ist, und in der es mit Bezug auf Deutschland gemüßwill heißt: „Frieden kann es nicht geben, bis die Macht... niedergeschlagen ist.“ Hält man die deutschen Arbeiter wirklich für solche großen Esel, daß man allen Ernstes glaubt, ihnen zumuten zu können, mit der Hand in der Hosentasche den vernichtenden Schlag zu erwarten, oder gar den Arm, der sich zur Abwehr erhebt, zurückzuziehen?

Die kämpfen für die ungeschmälerte Existenz unseres Landes. Weiter geht unter Kriegsziel nicht. Mit aller Ernsthaftigkeit und einmütig ist von unseren verantwortlichen Führern immer wieder zum Ausdruck gebracht worden, daß wir Annexionen und wirtschaftliche Vernichtung des Gegners nicht wollen. Anders aber sehr viele Arbeitervertreter in den uns feindlichen Staaten. Sie scheuen nicht davor zurück, sich mit den argsten Chauvinisten ihres Landes zu vereinigen in dem Schlußsatz: „Aufteilung Deutschlands! Fortführung des Krieges bis zur völligen Vernichtung des Gegners.“ Danach sollte es für die Schweizerische „Holzarbeiter-Zeitung“ klar sein, wo sie mit ihrer Kritik zu beginnen hat, wenn sie schon glaubt, sich dieser Beschäftigung nicht entziehen zu können. Schöner würde es ihr, als Ange-

hörige eines neutralen Staates, allerdings anstehen, die durch den Krieg zerrissenen Fäden der Internationalen wieder knüpfen zu helfen. Wenn sie statt dessen Sprengbomben wirft, so will uns dünken, daß das auch ihrer eigenen Organisation nicht zum Vorteil gereichen kann. Gerade ihrer Organisation, deren Mitglieder gegenwärtig zum Teil in der französischen, zum noch größeren Teil in der deutsch-österreichischen Armee kämpfen.

## Arbeitende Kollegen!

**Gedenket der Arbeitslosen! Kauft jede Woche wenigstens eine Kriegsmarke des Verbandes!**

### Unsere Verbandsstatistik.

Der Bericht für die 33. Kriegswoche vom 15. bis 20. März ist von 759 Zahlstellen eingesandt worden; die Berichterstattung erstreckt sich auf 162 041 Mitglieder. Beim Abschluß der Statistik waren die Berichte aus 87 Zahlstellen noch nicht eingegangen, unter denen sich bedauerlicherweise wieder eine Anzahl größerer Orte befinden.

Für die Vorwoche haben nachträglich noch 26 Zahlstellen für 1068 Mitglieder Berichte eingesandt. Die Zahl der von der Berichterstattung erfaßten Mitglieder steigt dadurch auf 164 616, von denen 60 377 = 36,7 Prozent zum Heeresdienst eingezogen sind. Von den zurückgebliebenen 104 239 waren 8095 = 7,8 Prozent arbeitslos, 3507 = 3,4 Prozent krank und 92 637 = 88,8 Prozent standen in Arbeit.

### Ergebnis der Erhebung am 20. März.

Gau	Arbeitslose		In Arbeit	Einberufene	In der Berichtswoche	Gesamt	In Arbeit	Gesamt	Mit voller Arbeitszeit	Saght haben nicht berichtet.
	Zahl	Prozent								
Danabg. ....	28	20	172	10,4	43	9	2 161	1 493	1 226	3
Stettin ....	54	39	123	6,3	82	29	1 610	1 739	1 405	2
Breslau ....	50	64	376	9,1	196	58	3 119	3 605	2 264	3
Berlin ....	674	946	1 179	5,1	981	246	8 362	21 053	3 071	8
Bresden ....	69	172	361	3,7	273	191	5 166	9 082	7 221	4
Reipzig ....	184	335	900	8,5	368	281	6 425	9 287	5 785	4
Erfurt ....	35	48	307	7,7	111	35	2 611	3 552	1 948	1
Magdeburg ..	36	53	136	3,5	116	83	2 691	3 643	2 671	5
Hamburg ....	130	171	896	7,9	385	130	6 276	10 004	6 831	10
Hannover ....	41	69	171	3,3	134	75	3 585	4 943	3 900	6
Düsseldorf ..	35	85	92	2,0	118	98	3 896	4 405	2 956	8
Frankfurt ...	48	56	174	3,3	181	107	4 608	4 887	3 572	8
München ....	85	119	1 281	17,9	141	82	3 200	5 510	1 497	7
Stuttgart ....	44	73	370	9,3	103	10	1 894	3 522	2 390	12
Stuttgart ...	31	85	762	15,5	195	45	4 965	3 949	2 198	7
Hauptklasse ..	2	3	15	7,3	6	4	97	184	—	—

[1541/2288] 7 265 | 7,2 | 3 373 | 1428 | 60 606 | 90 797 | 48 375 | 37

Der Stand der Arbeitslosigkeit hat sich gegenüber dem Bericht der Vorwoche wieder etwas gebessert. Nicht die Besserung diesmal auch nur 0,6 Prozent aus, so ist immerhin ein Fortschritt zu verzeichnen. Der Gesamtdurchschnitt beträgt 7,2 Prozent, wird aber in acht Gauen überschritten. Die Gauen Nürnberg und Stuttgart weisen immer noch den höchsten Prozentsatz auf, jedoch bessert sich auch hier die Lage von Woche zu Woche.

Die Zahl der Mitglieder, die in Arbeit stehen, wird mit 90 797 angegeben, von denen 48 375 mit voller Arbeitszeit arbeiten. Auch hier macht sich eine Besserung bemerkbar, denn die Zahl der Vollbeschäftigten steigt ständig. Dabei muß jedoch berücksichtigt werden, daß allwöchentlich eine Anzahl Orte diese Frage nicht beantworten, so sind auch in der Berichtswoche von 23 Zahlstellen, mit 18 838 arbeitenden Mitgliedern, keine Angaben über die Zahl der Vollbeschäftigten gemacht worden. In anderen Berufen arbeiten 20 440 = 22,5 Prozent aller in Arbeit stehenden Mitglieder.

In der Berichtswoche sind 1428 Mitglieder zum Heeresdienst einberufen worden, dadurch steigt die Gesamtzahl der Einberufenen auf 60 606 = 37,4 Prozent der von der Berichterstattung erfaßten Mitglieder.

Nachstehend geben wir wieder eine Uebersicht über die Ergebnisse der bisherigen Erhebungen.

Erhebungstag	Einberufen	Zurückgeblieben	Von den Zurückgebliebenen					
			Arbeitslos	Krank	In Arbeit			
8. August	27 191	125 172	49 401	39,5	—	75 771	60,5	
15. "	31 514	120 230	52 009	43,3	—	68 221	56,7	
12. Sept.	38 953	125 575	40 761	32,5	4 195	3,3	80 619	64,2
17. Okt.	43 035	118 718	32 039	27,0	3 741	3,1	82 938	69,8
14. Novbr.	45 491	116 572	25 406	21,8	3 623	3,2	87 543	75,1
19. Dezbr.	46 655	108 658	18 089	16,6	3 566	3,3	87 003	80,1
16. Januar	50 442	108 148	17 085	15,8	3 655	3,4	87 408	80,8
13. Febr.	56 264	108 916	13 022	12,0	3 807	3,5	92 087	84,5
6. März	59 421	105 714	9 212	8,7	3 574	3,4	92 928	87,9
13. "	60 777	104 239	8 095	7,8	3 077	3,4	92 637	88,8
20. "	60 606	101 435	7 265	7,2	3 373	3,3	90 797	89,5

## Gewerkschaften und Vereinsrecht.

In der Budgetkommission des Reichstages sind am 18. März Fragen behandelt worden, die auf eine anderweitige Regelung der Rechtslage für die Gewerkschaften abzielen. Im wesentlichen drehte es sich darum, den Begriff des „politischen Vereins“ anders zu fassen. Die Fassung des § 3 des Reichsvereinsgesetzes: „Jeder Verein, der eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezweckt...“ hat bekanntlich in der Rechtsprechung dahin geführt, daß eine gelegentliche Behandlung von politischen und sozialpolitischen Fragen, die von den Gewerkschaften gar nicht umgangen werden kann, bereits als ausreichend angesehen wird, die Gewerkschaften zu politischen Vereinen zu stempeln. Der Minister erklärte zu einem Antrage auf Abänderung des unzulässigen Paragraphen, daß die Regierung während der Dauer des Krieges eine Gesetzesänderung nicht für angebracht halte, daß aber nach dem Kriege der gesetzlichen Regelung der ganzen Gewerkschaftsfrage nähergetreten werden solle. Er gab auch einige Andeutungen, wie sich die Regierung diese Neuregelung denkt. Wir geben nachstehend das Wichtigste aus den Beratungen nach dem amtlichen Bericht wieder.

## Die Klagen der Arbeitervertreter.

Ein Antrag auf Aenderung des § 3, Absatz 1 des Reichsvereinsgesetzes vom 19. April 1908 wurde von einem Kommissionsmitglied damit begründet, daß die bisherige Behandlung der Gewerkschaften als politische Vereine im Sinne des Vereinsgesetzes beseitigt werden soll. Schon die Begriffsbestimmung des politischen Vereins im Reichsvereinsgesetz wirkte den Gewerkschaften gegenüber als Ausnahmesehensweise und stellte diese schlechter, als sie unter dem preussischen Vereinsgesetz standen, wonach ein Verein nur dann ein politischer war, wenn er bezweckte, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern. Zu dieser Definition müsse man zurückkehren. Das bloße Einwirken auf politische Angelegenheiten dürfe nicht als entscheidend angesehen werden. Die Rechtsprechung der höchsten Gerichtshöfe habe den Begriff „politischer Verein“ übermäßig ausgedehnt. Da die Verwaltungsbehörden daran gebunden seien, habe man jeden Arbeiterverein, sogar Turnvereine, als politische behandelt. Vor allem seien auch vielfach Gewerkschaften als politisch erklärt worden. Während des Krieges hätten allerdings die Verwaltungsbehörden derartige Verfügungen zurückgezogen, aber nur unter der Aufrechterhaltung des Prinzips. Aus diesem Dilemma sei nur unter Aenderung des Gesetzes herauszukommen. Schon während des Krieges eine solche Regelung nach Maßgabe des vorliegenden Antrages vorzunehmen, sei möglich, da es sich bei diesem Vorschlage nur um eine einfache Aenderung des Vereinsgesetzes handele, dagegen die weit komplizierteren Fragen des Koalitionsrechtes und die privatrechtliche Seite des Gewerkschaftswesens außer Betracht gelassen seien. Es sei aber auch nötig, die Regelung nicht zu verschieben, da andernfalls nach Friedensschluß der innere Kampf sofort wieder ausbräche. Wir wollten doch aber alle auch nach dem Kriege ein einiges Volk bleiben. Die Gewerkschaften hätten bei Kriegsausbruch ihre Hilfe aus freiem Entschlusse angeboten und würden sie weiter leisten, wie lange auch der Krieg noch andauere. Sie wünschten auch nicht Gabe gegen Gabe; aber man solle das Vertrauen der draußen kämpfenden nicht enttäuschen und das Beste und Reinste, was dieser Krieg uns gebracht, nicht verderben.

## Die Antwort des Ministers.

Der Staatssekretär des Innern drückte die Hoffnung aus, daß uns die bedeutsame Errungenschaft des Krieges, die Einigung zwischen Volksteilen, die sich bisher bitter bekämpften, über den Krieg hinaus erhalten bleibe, als dauerndes Vermächtnis dieser großen Zeit. Gütten wie drüben habe man sich jetzt über vieles besser belehrt. Er sei deshalb überzeugt, daß, wenn die Zeit gekommen sei, es gelingen werde, das Gesetz in der Verwaltungspraxis den veränderten Verhältnissen anzupassen. Alle Schwierigkeiten in der Handhabung der doch recht liberalen Gesetze, wie z. B. des Vereinsgesetzes, lägen ja nicht in der Struktur der Gesetze selbst, sondern in dem scharfen innerpolitischen Gegensatz, der zwischen den einzelnen Parteien sowie zwischen der Regierung und einzelnen Parteien bestand. Der Krieg lasse die Beseitigung der Anschauungen, die zu diesen Gegensätzen führten, erhoffen. Nur so, nicht aber durch mehr oder weniger veränderte Formulierung der Gesetze könne man zu wünschenswerten innerpolitischen Ergebnissen gelangen. Wollte man jetzt das Vereinsgesetz so revidieren, wie der vorliegende Antrag es anregt, so würde man sofort wieder den gleichen Schwierigkeiten begegnen, die sich bei Erlaß des Gesetzes zeigten. Bei der Gewerkschaftsfrage sei es ein Fehler der gesetzgeberischen Behandlung gewesen, daß man die Gewerkschaften sich als freie Vereine entwickeln ließ ohne die Vorteile, aber auch ohne die Schranken, die eine festere Eingliederung in das Rechtsleben mit sich gebracht hätten. Während des Krieges könne an eine Aenderung dieses Zustandes nicht herangetreten werden. Sollte es später zu einer gesetzlichen Neuregelung kommen, werde sie so gestaltet werden müssen, daß sie den Gewerkschaften die erforderlichen Freiheiten bietet, ihre wirtschaftlichen und charitativen Aufgaben zu erfüllen, daß sie aber auch gewisse Schranken insofern zieht, daß die Gewerkschaften ihren bedeutenden Einfluß nicht für Zwecke verwenden dürfen, wofür sie nicht bestimmt sind. Schon nach dem gegenwärtigen Recht sei kein Anlaß, eine Gewerkschaft als politischen Verein im Sinne des § 3 des Vereinsgesetzes zu behandeln, soweit sie sich lediglich in Erfüllung der Aufgaben aus § 152 der Gewerbeordnung betätigt. Das sei erst dann der Fall, wenn sie über den Rahmen des rein wirtschaftlichen Gebietes hinaus auf das allgemeine rein politische Gebiet übergreife. Es wäre ein vergeblicher Versuch des Reichstages, bei seinem nächsten Zusammentritt ein neues Vereinsgesetz vorzulegen. Ein solcher Entwurf würde voraussichtlich die gesetzgebenden Körperschaften länger als ein Jahr beschäftigen. Viel wichtiger sei es, wenn in weiten Kreisen die Erkenntnis durchbräche, daß die Gewerkschaften wirtschaftlich notwendige Organisationen seien, daß sie während des Krieges ihre Mittel und Einrichtungen in ganz besonderem Maße in den Dienst der vaterländischen Interessen gestellt hätten und dementsprechend in der Verwaltungspraxis zu behandeln seien. Das schließe nicht aus, daß nach dem Kriege auch der angebotenen gesetzgeberischen Regelung der Gewerkschaftsfrage nähergetreten und dabei auch die Stellung der Gewerkschaften zum Vereinsgesetz neuerlich geprüft werde.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag über die Aenderung des § 3 Absatz 1 des Reichsvereinsgesetzes dem Reichstanzler zur Berücksichtigung überwiesen. Anträge, in dem gleichen Gesetz die §§ 12 und 14 Ziffer 3 und 6, § 19 Ziffer 3, §§ 17 und 18 Ziffer 5 und 6 zu streichen, wurden angenommen. Das Plenum stimmte den Vorschlägen der Kommission zu.

## Gewerkschaftlicher Krankengeldzuschuß.

Sodann wurde ein Antrag beraten, im § 189 der Reichsversicherungsordnung: „Erhält ein Versichelter Krankengeld gleichzeitig aus einer anderen Versicherung, so hat die Krankenkasse ihre Leistung soweit zu kürzen, daß das gesamte Krankengeld des Mitgliedes den Durchschnittsbetrag seines täglichen Arbeitsverdienstes nicht übersteigt“, hinter das Wort „Versicherung“ einzufügen:



- Ehrentafel**  
der im Kriege gefallenen Verbandmitglieder
- der Ortname bedeutet die Zahlstelle, welcher der Kollege zuletzt angehört hat.
- Alfred Albrecht, Tschl., Leipzig.
  - Franz Albrecht, Rittenbauer, Leipzig.
  - August Alt, Schreiner, Ulm.
  - Stanislaus Antoniewski, Tschl., Posen.
  - Gustav Bär, Schmalkalden.
  - Wilhelm Barbier, Flensburg.
  - Karl Becker, Tschl., Bielefeld.
  - Anton Bozskiewicz, Tschl., Posen.
  - Franz Brand, Tschl., Memel.
  - Leon Branten, Tschl., Posen.
  - Karl Buchholz, Stellm., Hannover.
  - Georg Buchner, Schreiner, Starnberg.
  - Karl Denkmann, Tschl., Jechoe.
  - Fritz Diemann, Modelltschl., Hamburg.
  - August Donert, Bismar.
  - Friedrich Dreher, Schr., Mannheim.
  - Erich Eckart, Neustadt-Orla.
  - Friedrich Eide, Tischler, Hannover.
  - Walter Elsner, Modelltschl., Hamburg.
  - August Emmertich, Tschl., Berlin.
  - Paul Falkenhagen, Harburg a. E.
  - Otto Finkle, Frankenhäusen.
  - Theodor Fischer, Stellmacher, Bielefeld.
  - Richard Germitz, Modellt., Magdeburg.
  - Karl Geffe, Tschl., Neuruppin.
  - Adolf Grabow, Masch.-Arb., Mainz.
  - Emil Guhl, Tschl., Magdeburg.
  - Hubert Guther, Dortmund.

- Otto Halbgebachs, Schr., Kaiserslautern, zuletzt Köln.
- Otto Hanelt, Tschl., Posen.
- Ernst Hartmann, Wernigerode.
- Georg Hartmann, Masch.-Arb., Leipzig.
- Ernst Haug, Schr., Ludwigshafen.
- Fritz Haverich, Holzarbeiter, Bielefeld.
- Richard Heiber, Modelltschl., Leipzig.
- Karl Heidrich, Tischler, Cöpenick.
- Conva Heilig, Heidenheim.
- Ernst Heinel, Treuen.
- Alfred Hermann, Geringswalde.
- Ludwig Hild, Schreiner, Darmstadt.
- Hermann Hinneburg, Tschl., Leipzig.
- August Hirt, Schreiner, Starnberg.
- Friedrich Hoppe, Tschl., Glauchau.
- Otto Hornoff, Tschl., Cunnersdorf.
- Gustav Jähnert, Zelluloidarb., Leipzig.
- Franz Kachelh, Wernigerode.
- Heinrich Kalb, Tischler, Leipzig.
- Hermann Kappe, Masch.-Arb., Leipzig.
- Wilhelm Karbstein, Tschl., Breslau.
- Emil Keil, Tischler, Meerane.
- Richard Kesseler, Solingern.
- Wilhelm Kessens, Parkettleger, Köln.
- Arthur Kirchner, Tschl., Hannover.
- Edwin Kirnse, Tschl., Leipzig.
- Paul Kirsa, Schr., Duisburg.
- Emil Klautsch, Tschl., Berlin.
- August Klose, Stellm., Breslau.
- Dr. Kar Kluge, Bildhauer, Pforzheim.
- Wilhelm Kuntz, Tschl., Magdeburg.
- Johann Koib, Heidenheim.
- Oswald Kuntz, Polier, Langenöls.
- Max Kunzmann, Liesa.
- Max Kutschbach, Schr., Lahr i. Baden.
- Karl Lang, Modelltschl., Frankfurt a. M.

- F. Langlas, Peterow.
- Hermann Langner, Parkettl., Breslau.
- Richard Lemke, Tischler, Stargard.
- Paul Lese, Tschl., Hannover.
- Johannes Mall, Schreiner, Ulm.
- Franz Malz, Tschl., Leipzig.
- Peter Mangold, Schreiner, Ulm.
- Hermann Marquart, Harburg a. E.
- Vinzent Mastalich, Tschl., Gleiwitz.
- Karl Mattia, Tischler, Leipzig.
- Theodor Magge jun., Tschl., Münster i. W.
- Philipp Müller, Schreiner, Köln.
- Wilhelm Müller, Ludwigshafen.
- Wilhelm Müller, Tschl., Stargard i. P.
- Heinrich Nebel, Tischler, Bielefeld.
- Gustav Obermarl, Holzarb., Bielefeld.
- Kurt Ockmann, Tschl., Leipzig.
- Kasimir Ostojst, Masch.-Arb., Posen.
- Alfred Palaske, Tschl., Breslau.
- Gustav Pasinau, Tischler, Berlin.
- Max Pawelek, Lauban.
- Gustav Pirk, Tschl., Königsberg i. Pr.
- Wilhelm Klausnat, Holzarb., Memel.
- Josef Pouzer, Tschl., Berlin.
- Wilhelm Post, Holzarb., Köln.
- Kurt Preis, Tschl., Breslau.
- Richard Rappfalter, Tschl., Hamburg.
- Walter Raue, Tschl., Leipzig.
- Heinrich Reichold, Frankfurt a. M.
- Paul v. Rolbleck, Bromberg.
- Theodor Ruland, Schreiner, Würzburg.
- Gustav Sanber, Tschl., Martinroda, Th.
- Engelbert Sauerborn, Coblenz.
- Emil Sauerzapf, Tschl., Leipzig.
- Otto Schäfer, Ristenmacher, Leipzig.
- Alfred Schmieder, Tschl., Freiberg i. S.
- Wilhelm Schmie, Stellm., Bielefeld.

- Peter Schnelder, Schr., Memmingen.
- Franz Schönberg, Tschl., Steint.
- Arthur Schott, Tischler, Habena.
- Fr. Schulenburg, Tschl., Hamburg.
- Otto Schulze, Tschl., Stendal.
- Heinrich Schulte, Schr., Duisburg.
- Emil Schuster, Maschinenarbeiter, Zita.
- Hermann Schwarz, Tschl., Berlin.
- Oskar Seidler, Geringswalde.
- Paul Stark, Schreiner, Köln.
- Otto Steinweg, Masch.-Arb., Zeig.
- Christian Stenzhorn, Masch.-Arb., Köln.
- Hermann Stephan, Tschl., Magdeburg.
- Wilhelm Stoffregen, Tschl., Hannover.
- August Stöpler, Schr., Offenbach a. M.
- Heinrich Striewe, Dortmund.
- Fritz Thiem, Tischler, Potsdam.
- Albert Trauzettel, Tschl., Eilenburg.
- Robert Ulrich, Tischler, Potsdam.
- Karl Vöth, Schreiner, Stendal.
- Albin Vogel, Tschl., Stendal.
- Robert Wagner, Stellm., Breslau.
- Philipp Weber, Holzarb., Mannheim.
- Paul Wellnig, Stuhl., Berlin.
- Willy Widawski, Tischler, Berlin.
- Balthasar Wildbühler, Tschl., Hamburg.
- Albert Wilmann, Tschl., Steint.
- Eugo Wollkowsky, Tschl., Breslau.
- Emil Wörner, Schr., Schorndorf.
- Hermann Zajoczowsky, Magdeburg.
- Stanislaus Zaworski, Tschl., Posen.

**Ehrem Andenken**

Die Zahlstelle Pforzheim ersucht uns mitzutheilen, daß ihre feierliche Angabe, nach welcher der Kollege Karl Knoll gefallen sei, auf einen Irrthum beruht, und Knoll unter den Lebenden walt.

„die ihm Rechtsanspruch auf Krankenhilfe gibt“. Begründet wurde der Antrag damit, die durch die Reorganisation des Reichsversicherungsamtes dieser Bestimmung gegebene Auslegung habe zur Folge, daß die von den Gewerkschaften gewährten Krankenunterstützungen den Unternehmen, nicht aber den Arbeitern zugute kommen, da sie nur die Fabrikkranken entlaste. Würde hier nicht eine Aenderung herbeigeführt, die nur im Wege der Gesetzgebung zu erreichen wäre, dann würden sich die Gewerkschaften zu ihrem Bedauern in die Notwendigkeit versehen, ihrerseits die Gewährung von Krankenunterstützung gänzlich einzustellen. Der Regierungsvertreter erwiderte, § 189 der Reichsversicherungsordnung habe nicht ein neues Recht geschaffen, sondern enthalte nur den Grundfak, der sich schon im § 26a des Krankenversicherungsgesetzes befinde. Danach solle die Erkrankung des Arbeiters ihm unter keinen Umständen höhere Einnahmen bringen dürfen, als er regelmäßig beziehe. Solange diese Vorschrift bestehe, dürfe verschiedene Behandlung der Rechtsansprüche und der gewerkschaftlichen Unterhaltungsansprüche nicht eintreten.

**Arbeitsnachweisgesetz und Reichstag.**

Die gemeinsam von den vier Gruppen der Gewerkschaften eingereichten Vorschläge für die gesetzliche Neuregelung der Arbeitsvermittlung haben die Zustimmung des Reichstages gefunden, wobei ein Teil der rechtsstehenden Abgeordneten sich der Stimme enthalten hat. Die angenommenen Vorschläge laufen bekanntlich auf die Schaffung öffentlicher paritätischer Arbeitsnachweise und Arbeitsämter hinaus. Der Vertreter der Regierung, Staatssekretär Dr. Delbrück, verhielt sich zu dem Antrage sehr reserviert. Jedoch erkannte auch er die Notwendigkeit einer besseren Regelung an, besonders für die Zeit des Zurückflutens der Kriegsteilnehmer, und stellte provisorische Anordnungen auf Grund der Machtbefugnisse des Gesetzes vom 4. August in Aussicht.

**Burgfriedensstörer.**

Ueber das, was unterm Burgfrieden zu tun erlaubt und was zu unterlassen ist, gehen die Ansichten zwar auseinander. Aber darüber dürfte es kaum Meinungsverschiedenheiten geben, daß die Anerkennung des gewerkschaftlichen Koalitionsrechtes und die Achtung der politischen Ueberzeugung anderer zu den Grundelementen des Burgfriedens gehören. Es ist tief bedauerlich, daß das nicht als einfache Anstandspflicht auch schon vor dem Kriege überall Geltung hatte. Wer aber jetzt noch dagegen verstößt, der beweist damit, daß er auf den Burgfrieden pfeift! Hier zwei Fälle dieser Art.

Unserem Erfurter Gauvorsteher ging ein mit der Schreibmaschine geschriebener Brief folgenden Inhalts zu:

„Der Unterzeichnete erklärt hiermit seinen Austritt aus dem Deutschen Holzarbeiter-Verband, das Mitgliedsbuch empfangen Sie beiliegend zurück...“

Der Brief war, wie gesagt, mit der Schreibmaschine geschrieben, während der Kollege, der ihn unterschrieb und mit seinem Mitgliedsbuch zusammen einschickte, schwerlich jemals ein solches Instrument berührt hat. Wer mag ihm die Schreibarbeit wohl abgenommen haben? Man kommt der Sache näher, wenn man erfährt, daß in dem betreffenden Orte vor dem Kriege eine Zahlstelle unseres Verbandes gegründet wurde, die es bis auf 70 Mitglieder brachte. Dann wurden aber die Mitglieder von ihren Arbeitgebern unter Androhung der Entlassung gezwungen, aus dem Verband wieder auszutreten. Der Kollege, der jetzt den erwähnten Brief einschickte, war einer von den Standhaften. Aber Hunger tut weh, und die Kriegsnot tut ein übriges, also — legt man seinen Namen darunter. Burgfrieden! Uebrigens: Der Inhaber des Betriebes, um den es sich dabei handelt, ist Hauptmann in der Armee des Kaisers, der keine Parteien mehr kennt.

In Hamburg fand am 7. März eine Versammlung des gelben Arbeitervereins statt. Der Vorsitzende gab als Zweck der Versammlung an: Agitation auf den Werken, um bei Kommunal- und Reichstagswahlen geschlossen gegen die Sozialdemokratie vorgehen zu können. Als besonders zweck-

mäßig dafür wurde die Gründung von Gesangvereinen ins Auge gefaßt. In der weiteren Aussprache wurde darüber geklagt, daß die Gelben bei der Arbeiterchaft im allgemeinen recht wenig Sympathie genössen. Ein junger „Kamerad“ empfahl, um diesem Mangel abzuhelfen, den „Noten jedesmal eine runter zu hauen“. Andere Redner führten bewegte Klage darüber, daß ihre verpöfelten Arbeiter durch die Tüde der Not immer zur Kenntnis der Meister gelangten, und daß sie, nämlich die Gelben, dabei niemals recht kämen. Der Vorsitzende erklärte dies damit, daß die Not im allgemeinen die besseren Arbeiter wären, und daß man versuchen müsse, ebenfalls solche tüchtigen Arbeiter zu gewinnen. Ja, wenn das für die Gelben so einfach wäre!

**Rentensicherung für Kriegsinvaliden.**

Bekanntlich will man versuchen, die Kriegsinvaliden nach Möglichkeit in ihrem eigenen oder einem anderen Beruf wieder erwerbsfähig zu machen. Dabei mitzuwirken haben sich auch die Gewerkschaften bereit erklärt, wobei sie natürlich von der Voraussetzung ausgingen, daß die Wiedererwerbsfähigmachung nicht etwa vom Standpunkt des Rentnequatschens aus betrieben wird. Solche Befürchtungen liegen ja sehr nahe, weil die Praxis der Unfallversicherung auf diesem Gebiete leider viele unruhliche Beispiele zeigt. Nun hat das Kriegsministerium der Presse folgende Erklärung zugehen lassen, die erfreulicherweise zeigt, daß man an dieser Stelle recht vernünftige und soziale Ansichten in dieser Frage hat:

„In letzter Zeit ist die Frage der Beschäftigung der durch den Krieg in ihrer Gesundheit geschädigten Personen in der Presse lebhaft erörtert worden. Im sozialen und wirtschaftlichen Interesse ist es wazm zu begrüßen, wenn die Kriegsinvaliden durch Berufsberatungsstellen, Arbeitsnachweise usw. möglichst frühzeitig wieder einer lohnbringenden Beschäftigung zugeführt werden. Anscheinend sind aber bei einzelnen Besorgnisse vorhanden, daß die Ausnahme lohnbringenden Erwerbs die Höhe der Rentenzahlung ungünstig beeinflussen könnte. Eine solche Besorgnis ist grundlos, und wäre erwünscht, wenn alle beteiligten Stellen dieser Auffassung entgegenträten. Die Tatsache der lohnbringenden Beschäftigung oder die Höhe des Verdienstes kann allein keine Herabsetzung oder Entziehung der Rente begründen. Eine Uerechnung des Verdienstes auf die Versorgungsgebühren ist unzulässig. Eine Minderung oder Entziehung der Rente könnte nur bei einer wesentlichen Steigerung der Erwerbsfähigkeit eintreten. Die Kriegszulage ist solange fortzuzahlen, als der Versorgungsberechtigte in seiner Erwerbsfähigkeit in mehrbarem Grade, also mindestens um 10 Prozent, geschädigt ist.“

**Verbandsnachrichten.**

**Bekanntmachungen des Vorstandes.**

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 14. Wochenbeitrag für das Jahr 1915 fällig geworden.

Mit dieser Nummer der Holzarbeiter-Zeitung gelangt die Nr. 6 des „Holzarbeiter-Frauenblatt“ zur Ausgabe. Alle verheirateten Mitglieder erhalten das Frauenblatt für ihre Frauen geliefert. In erster Linie soll das Blatt dazu bestimmt sein, mit den Frauen innerer im Felde stehenden Mitglieder die Verbindung aufrecht zu erhalten. Ihnen ist deshalb das Frauenblatt von den Ortsverwaltungen in geeigneter Weise zuzustellen. Zum andern richtet sich der Inhalt des Frauenblattes auch an die Frauen aller übrigen, besonders der arbeitslosen Mitglieder, um die Aufgaben und Leistungen des Verbandes in der jetzigen Kriegszeit mit ihnen zu besprechen und das Interesse der Frauen am Verband wachzuhalten und zu stärken. Das „Holzarbeiter-Frauenblatt“ soll ein Agitationsmittel für unseren Verband sein, dazu berufen, jede Schwächung des Verbandes in der jetzigen schwierigen Zeit zu verhindern und nach Möglichkeit ihm neue Anhänger, auch unter den Arbeiterinnen, zu gewinnen. Es soll aus diesem Grunde auch das Blatt unserer

weiblichen Mitglieder sein, denen es neben der Holzarbeiter-Zeitung regelmäßig geliefert wird. Das Frauenblatt erscheint monatlich und wird den empfangsberechtigten Mitgliedern resp. deren Frauen unentgeltlich geliefert.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 589079 Hermann Mathes, Tschl., geb. 6. 11. 85 zu Mündrich.
- 616278 Hedwig Maschner, Masch.-Arb., geb. 28. 12. 87 zu Eberswalde.
- 671827 Friedrich Ueberberg, Tschl., geb. 28. 7. 95 zu Langreder.
- 671928 Hermann Ernst, Tschl., geb. 14. 4. 96 zu Linden.

Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Der Verbandsvorstand.

**Korrespondenzen.**

**Bromberg.** In unserem Bezirke kommen trotz des bestehenden Vertrages sonderbare Lohnzahlungen vor. In den ersten Kriegswochen wurde von den Unternehmern der Vertrag wegen Mangels an geeigneten Kräften in vollem Umfange aufrecht erhalten. Unsere Kollegen gingen zu Armerungsarbeiten über und erzielten dort einen viel höheren Lohn als im Berufe. Die Witterung erlaubte es auch, zu der Zeit im Freien zu arbeiten. Nach Beendigung der Armerungsarbeiten trat der Rückzug nach den Werkstätten ein. Da es an einer geregelten Arbeitsvermittlung mangelte, sind die Kollegen angewiesen, selbst in den Werkstätten um Arbeit umzuschauen. Bei diesem Umschauen suchten sich die Arbeitgeber gewisse Kollegen aus, denen sie nicht nach dem Vertrag zahlen. Diese Methode ist ihnen in vielen Fällen gelungen und wird auch weiterhin gelingen, wenn die Kollegen nicht auf alle Rechte, die der Vertrag vorsteht, bestehen. Es hatte auch schon die Schlichtungskommission derartige Fälle zu erledigen, die für uns resultatlos verliefen, weil die Kollegen den Arbeitgebern gegenüber vorher Abweichungen gestattet hatten. In einem Falle blieb sogar eine berechnete Forderung erfolglos, weil die Arbeitgeber den Vorwurf erhoben, unsere Kollegen kämen mit jeder Kleinigkeit zur Schlichtungskommission, und fanden mit dieser Ansicht allerdings Anklang unter den Arbeitgebern. Es handelte sich in diesem Falle um Fenster mit Sprossen. Das Holz wurde maschinenfertig unter vollem Prozentabzug geliefert, es fehlte „nur“ das Anreißen und Ausstemmen der Sprossenlöcher und das Reizen der Kreuzsprossen. Es ist auch sehr bedauerlich, daß solche „Kleinigkeiten“ vor die Schlichtungskommission gebracht werden müssen und da sogar noch resultatlos abgewiesen werden, wegen der Unachtsamkeit unserer Kollegen, die die Dinge soweit einwurzeln lassen. In einigen Beistellereien der Arbeitgeber-Vorstandsmittglieder sind Tischlergesellen, die einen Wochenverdienst von 10 bis 15 Mk. zu verzeichnen haben, und darunter noch dazu verheiratete, die Frau und Kinder von diesem „hohen Verdienst“ zu ernähren haben. Wenn solchen Zuständen von unserer Seite nicht schärfer entgegengearbeitet wird und die Interessen der Organisation nicht hochgehalten werden, so wird es uns sehr schwer fallen, den Vertrag aufrecht zu erhalten oder, was zu befürchten sein wird, überhaupt einen späteren Vertrag nach Ablauf des jetzigen abzuschließen zu können. Wir fordern von jedem Kollegen, dazu beitragen zu wollen, daß nach Beendigung des Krieges auch weitere Erfolge für unsere Mitglieder verzeichnet werden können.

**Königsberg i. Pr.** Als militärischer Zentralkpunkt des Ostens hatten wir nach Kriegsbeginn weniger unter der Arbeitslosigkeit zu leiden als vorher. Zeitweise war nicht ein Arbeitsloser vorhanden, da eine große Zahl der Kolonnen Armerungsarbeiter geworden war. Dieses war für die zurückgebliebenen Kollegen um so besser, als einige Zeit darunter einer mit 110 Beschäftigten, geschloffen wurde. Beeinträchtigend für die Stadt-Kollegen wirkte, daß eine große Fabrik von Wasserantrieben der Holzindustrie durch den Krieg ihren umfangreichen Export verloren und nun als Konkurrenten der Meister austraten. Zunächst konnten die vereinzelt von den Armerungsarbeiten zurückgebliebenen noch untergebracht werden, aber diese Aussicht wurde immer geringer. Deshalb richtete die Ortsverwaltung an den Magistrat ein Gesuch zwecks Beschaffung von Arbeit. Durch Erneuerung und Reparaturen der Mobilien der städtischen

Schulen und Amtszimmer und Vergeben von Vortarbeiten angefangener und genehmigter Gebäude sollte nach unserem Vorschlag das Gewerbe befehligt und der Arbeitslosigkeit vorgebeugt werden. Unsere Eingabe war vom Vorstand des Schutzverbandes bejournet worden. Mitte Februar fand beim Oberbürgermeister eine Besprechung statt, an der neben unserem Vertreter auch Herr Obermeister Zimmerer teilnahm. Es wurde Entgegenkommen versprochen und uns Ende Februar vom Magistrat mitgeteilt, daß die Tischlerarbeiten für Schulbauten und deren Inneneinrichtung beschleunigt vergeben werden sollten. Das ist auch geschehen und weitere Arbeiten sollen folgen. So hat unsere Initiative dem Gewerbe erfreulich genützt. Trotzdem unsere Kollegen nun Arbeit haben, befinden sie sich doch in einer Notlage. Durch Verlängerung stehen wir im sechsten Vertragsjahr, welches Verbesserungen nicht bringt. Nun ist Königsberg schon zu normalen Zeiten eine der teuersten Städte. Die Preise für Nahrungsmittel sind jetzt für Arbeiter kaum erschwinglich. So zeigen die „Höchstpreise“, im Vergleich zu denen seit Kriegsbeginn, am 1. März 1915 eine Steigerung von 52 Prozent, und nach dem am 17. März vom Magistrat festgesetzten Höchstpreisen eine Steigerung von 78 Prozent. Das heißt: Was vor acht Monaten für 18 Mk. käuflich war, kostet jetzt 32 Mk. Natürlich können die Arbeiter diese Ausgabe nicht machen. Die Lebenshaltung muß daher bedeutend herabgesetzt werden. Der nach dem Tarif vorhandene Durchschnittslohn ist bei weitem nicht erreicht. Dieser Zustand ist daher wohl der beste Vorkursor der Erfindung, das die Vertrauensmännerverammlung an den Arbeitgeber-Schutzverband richtete: „Gegenüber dem verminderten Geldwerte einen Ausgleich zu schaffen.“ In einer gemeinsamen Sitzung, die am 19. März stattfand, und an der auch der Gewerkschaftsvorstand teilnahm, begründete die Ortsverwaltung das Ersuchen. Sie sprach die Erwartung aus, daß sich der Arbeitgeber-Schutzverband wohl nicht verschließen könne, den Kollegen eine Zulage zu gewähren, und zwar so, wie sie der Königsberger Magistrat seinen Tagelohnarbeitern in Höhe von 10 bis 12 Prozent habe zukommen lassen. Die Herren widersprachen unseren Begründungen nicht, konstatierten ferner selbst die enorme Teuerung und erkannten an, daß etwas in unserem Sinne getan werden müsse; sie fühlten sich jedoch nicht kompetent und verwiesen uns an die Zentral-

vorstände. Wir hoffen, daß der Vorstand des Arbeitgeber-Schutzverbandes, in Erkenntnis der sozialen Notwendigkeit, unserm Ersuchen entspricht. — Am 28. Februar konnte in einer harmonisch verlaufenen Feier das 25 jährige Jubiläum unseres Bevollmächtigten, Kollegen Otto Kahl, gefeiert werden.

### Konferenz bayerischer Gewerkschaftskartelle.

Eine solche wurde in Nürnberg abgehalten und beschäftigte sich mit der Frage der Einschränkung der Freizügigkeit der ländlichen Arbeiter und mit der Bierpreiserhöhung. Die Konferenz nahm zwei Resolutionen an. Die erste spricht unter Bezugnahme auf die Verfügung des stellvertretenden Generalkommandos des 1. bayerischen Armeekorps aus, daß die Sicherung der kommenden Ernte unter den schwierigen Verhältnissen des Krieges besondere Maßnahmen erfordere. Dann heißt es in der Resolution wörtlich:

„Diese Verordnung, die jetzt sicherlich nur im Interesse der Abwehr unserer Feinde erfolgt ist, kann, wenn ihre Ergänzung ausbleibt, vielen Zehntausenden Arbeitern und Arbeiterinnen eine schwere Schädigung nicht nur ihrer Bewegungsfreiheit, sondern auch ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage, insbesondere ihrer Einkommensbedingungen bringen. Durch die Verordnung des Kriegsministeriums sind den Arbeitern und Arbeiterinnen alle Garantien und Abwehrmöglichkeiten gegen das Herunterdrücken der Löhne restlos genommen. Das können gewissenlose Grundbesitzer zur Ausnutzung der sozialen Ausnahmestellungen benutzten, die ihnen durch die Verordnung des bayerischen Kriegsministeriums eingeräumt wurde. Eine derartige Wirkung des Erlasses kann weder von dem Kriegsministerium noch im entferntesten beabsichtigt sein, noch kann sie dem Zweck, den das Kriegsministerium im Auge hat, irgendwie dienen. . . . Durch die Ergänzung der Verordnung in der von uns ins Auge gefaßten Richtung wird es ermöglicht werden, das Zurückfluten städtischer, aber aus der Landwirtschaft stammender Arbeiter zur landwirtschaftlichen Arbeit herbeizuführen.“

Die Resolution bittet dann das bayerische Kriegsministerium um baldige Ergänzung der Verordnung über die

landwirtschaftlichen Diensthoten und landwirtschaftlichen Arbeiter und fordert, daß

1. den landwirtschaftlichen Arbeitern zur Erledigung der Erntearbeiten wohl der Wechsel des landwirtschaftlichen Unternehmers, nicht aber der Wechsel des Berufes gestattet werde;
2. daß Mindestlöhne, die mit Rücksicht auf die erhöhten Kosten der Lebenshaltung notwendig sind, von dem bayerischen Kriegsministerium für die Gebiete der einzelnen Bezirksämter nach Anhörung von Vertretern der Arbeiter festgesetzt werden;
3. daß örtliche oder distriktliche Einigungsämter für Streitigkeiten, die aus diesen Verhältnissen entstehen, unter Zuziehung von Arbeitern und Unternehmern errichtet werden.

Zu der Bierpreiserhöhung wurde eine Resolution angenommen, in der das Kriegsministerium gebeten wird, die Bierpreise für ganz Bayern entsprechend dem Preise des Bieres im Jahre 1914 als Höchstpreise festzusetzen. Beide Resolutionen gehen an das Kriegsministerium. Ferner wurde in der Konferenz angeregt, wegen der Schwierigkeit der Versorgung der großen Städte mit Milch, auch Stellung zu nehmen zu der Milchpreisfrage. Bei der Verschiedenartigkeit der örtlichen Verhältnisse wurde jedoch von einer bestimmten Stellungnahme vorläufig abgesehen. Die Konferenz war von Delegierten aller wichtigen Industrieorte des rechtsrheinischen Bayerns besucht. Der Abg. Gentner wurde beauftragt, über die Einschränkung der Freizügigkeit der landwirtschaftlichen Arbeiter eine Denkschrift auszuarbeiten, die auch zur Begründung der Resolution an das Kriegsministerium gehen soll.

### Briefkasten.

An die Postabonnenten. Beim Ausbleiben oder bei verspäteter Lieferung einer Nummer wollen sich die Postbezieher stets nur an den Briefträger oder die zuständige Bestell-Postanstalt wenden. Erst wenn Nachlieferung und Auffklärung nicht in angemessener Frist erfolgen, wende man sich unter Angabe der bereits unternommenen Schritte an unseren Verlag.

### Gestorbene Mitglieder.

Paul Asmus, (no)macher, 36 Jahre alt, gest. in Salmöln.  
Herm. Weber, Tischler, 45 Jahre alt, gest. in Wilsdruff.  
Nich. Hörner, Korbmacher, 28 Jahre alt, gest. in Weida.  
Franz Berl, Drechsler, gest. in Klostergeringswalde.  
Gottfr. Modling, Tischler, gestorben in Baden.  
Christian Eschenweg, Wagner, 26 J. alt, gest. in Mannheim.  
Paul Strehlow, Stuhlbauer, 25 Jahre alt, gest. in Berlinchen.  
Fried. Mahneke, Holzarbeiter, 69 Jahre alt, gest. in Leipzig.  
Herm. Handke, Maschinenarbeiter, 47 J. alt, gest. in Leipzig.  
Julius Weise, Pianofortetischler, 72 J. alt, gest. in Leipzig.  
Ehre ihrem Andenken.

### 20 Korbmacher

auf 98er Munitionskörbe und Kartuskörbe gesucht. Reisegeld vergütet.  
E. Kramer & Co., Berlin, Wallstr. 25.

Korbmacher auf Geschloßkörbe bei hohem Lohn und gutem Material verlangt  
E. Schlegel & Co., Berlin O. Krautstraße 4/5.

### Geldkorbmacher-Werkzeuge

u. Spalt-Hobelmaschinen liefert schnell u. gut  
L. Fogelberg & Co., Wladrath 9 (Rheinland).

Zwei Korbmacher auf grüne Mattarbeit sofort verlangt.  
E. Hille, Wolgast i. Pommern.

Drei tüchtige Korbmachergehilfen finden auf Reise- u. Waschkörbe dauernde Beschäftigung.  
Paul Badendiel, Burzen i. Sachsen, Jakobsplatz 31.

Korbmacher auf Geschloßkörbe stellen noch ein  
Calin & Hilsfeld, Bernburg.

10 bis 15 Korbmacher werden sofort bei hohem Lohn u. dauernder Arbeit auf Grün geschlagen gesucht. Frisches Holz soll verarbeitet werden.  
Paul Heffter, Korbmacherei, Wittenberge, Steinstraße 36.

Korbmacher auf 98er und Drillinge bei gutem Material stellt ein  
Paul Gdhe, Leuditz bei Dürrenberg a. Saale.

### Korbmacher nach Kopenhagen.

Einige tüchtige Arbeiter auf gekreuzte Weidenstühle bei hohem Akord dauernde Arbeit bei  
R. Wengler, Korsgade 16.

2 bis 3 tüchtige Korbmacher auf Grün sofort gesucht. Prima Holz zu verarbeiten.  
Paul Hertel, Gasthaus zum Dachsbau, Hermigsdorf bei Löbau, Sachsen.

2 Bürstenmacher, 1 Plaster-Zurichter gesucht. Otto Krause, Bürstenfabrik, Kiel.

Ein Korbmacher auf Mattarbeit sofort gesucht.  
Adam Stahl, Schweinfurt, Fischereistraße 77.

Tüchtige Pecher u. Einzieher finden dauernde und gutlohnende Beschäftigung bei  
Schade & Co., Bürsten- u. Pinselabrik, Duatenbrück, Prov. Hannover.

150 Ztr. Peddigrohr zu verkaufen. Offert. unt. C. D. 416 an die Exped. dieser Zeitung.

### Technik des Stellmachers.

Sachtechnische Aufsätze mit zahlreichen Abbildungen und Zeichnungen für die Stellmacherei.  
Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiter-Verband.  
Heft 1  
Inhalt: Geschichtliches über die Entwicklung des Wagenbaues. Von K. Hermannsdorfer, Nürnberg. — Anleitung zum Planzeichnen und vorläufigen Arbeiten nach dem Plan. Von H. Mönkemeyer-Berlin. — Arten und Eigenschaften des Holzes. (Aus dem Sachblatt für Holzarbeiter.) 28 Seiten Quart.  
Preis 3 Mk. Vorzugspreis f. d. Mitgl. d. Deutschen Holzarb.-Verbandes 2 Mk.

Heft 2  
Inhalt: Das Arbeitsgebiet des Stellmachers. — Automobile in alter Zeit. Von Th. Wolff, Friedenau. — Konstruktionsplan zum Einrichten Landaut. Von H. Mönkemeyer-Berlin. — Von der Herstellung des Wagenrades. Von G. Engelhard, München. — Die Literatur des Stellmacherberufes. Preis 2 Mk. Vorzugspreis f. d. Mitgl. d. Deutsch. Holzarb.-Verband. 1,50 Mk.

Bestellungen sind an die Zahlstellenverwaltungen zu richten.  
Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G.m.b.H. Berlin SO. 16 :: Am Kölnischen Park 2.

### Mehrere Bautischler,

1 zuverläss. Maschinenarbeiter bei hohem Lohn stellt ein  
E. Anjatz, Rastenburg, Ostpreußen.

Einige gute Sigmundschreiner für gute sichtbare Solongarnituren, Schreibfauteuils, bessere Stühle usw. für dauernd gesucht.  
Sanderl & Schramm, Möbelfabrik, Utwil am Bodensee (Schweiz).

### Tischler

für dauernde Arbeit verlangt  
Walter Hyan, Möbelfabrik, Finsterwalde, R.-L.

Ein selbständiger Polierer auf Mahagoni für sofort auf dauernd gesucht. Spezialität: Schlafzimmer.  
Willy Diger & Co., Möbelfabrik, Talsingen bei Ebinger, Württbg.

Dualdrehsler zum sofortigen Antritt werden gesucht.  
Aders & Blumberg, G.m.b.H., Guben.

Wir suchen tüchtige Dreher, welche auf Galalith und Hartgummi eingearbeitet sind.  
Heidelberger Federhalterfabrik Koch, Weber & Co., Heidelberg.

Korbmacher auf Kartuskörbe, 98er und Drillinge stellt noch ein  
Theodor Reimann, Kgl. Hofhof., Dresden-R., Königstraße.

### Korbmacher

auf Geschloßkörbe gesucht.  
Gebr. Wolff, Bernburg.

15 bis 20 Korbmacher, welche auf Kartuskörbe und Waschkörbe gut eingearbeitet sind, stellt noch ein  
Herrn Franke, Korbberg, Inf. Sulzbacherstr. 10.

Zusammen auf Matt- und geschlagene Arbeit sofort gesucht.  
Franz Reibert, Stralsund.

### Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G.m.b.H.

Berlin SO. 16 :: Am Kölnischen Park 2.

Wir empfehlen zur Anschaffung:

**Roberte Hausüren, Zimmerüren, Hofüren, Korridorüren, Badentüren, Kellertüren, Fenster, Windbänke und Glasabschlüsse.** Eine Sammlung musterreicher Original-Entwürfe von Türen, Säulen, Zimmer- und Korridorüren, Windbänken, Glasabschlüssen, Fenstern und Wandverkleidungen in einfacher u. reicher Ausführung. Zum unmittelbaren Gebrauch für die Praxis, bearbeitet von R. Wählan. 30 Tafeln mit erläuterndem Text. In Mappe. 7,50

**Der innere Ausbau, umfassend Türen u. Tore, Fenster und Fensterverkleidungen, Wand- u. Deckverkleidungen, Treppen in Holz, Stein u. Eisen.** Für den Schulgebrauch und die Baupraxis bearbeitet von Direktor Prof. A. Opderbecke in Berlin. Dritte, vollständig neu bearbeitete Auflage. Mit 600 Textabbildungen u. 7 Tafeln. Geh. 12,50, geb. 16,50

**Der Holzbau, umfassend den Fachwerkbau, Böhlen, Block, Ständer- und Stabbau und deren zeitgemäße Nebenelemente.** Für den Schulgebrauch und die Baupraxis bearbeitet. Zweite, bedeutend erweiterte Auflage. Mit 500 Textabbildungen und 15 Tafeln. Von H. J. J. Geh. 12,50, geb. 16,50

**Der Holzbohrer nach metrischem Maßsystem.** Tafeln zur Bestimmung des Kubikinhalt von runden, vierkantig behauenen und geschweiften Holzern sowie des Quadratinhalt der letzteren, ferner der Kreisflächen und des Wertes der Höhen, nebst einer vergleichenden Zusammenfassung der Meter- und Fußmaße. Zum Gebrauche für Fort- und Landwirte, Waldbesitzer, Bau- und Werkleute, Holzhandwerker, Schneidmüller u. a. Herausgegeben von H. v. Gersdorff. Zweite, verbesserte Aufl. Geh. 3,75

Bei vorzüglicher Einlenkung des Betrages erfolgt prompte Lieferung.

### Bürstenmacher gesucht.

1 Pecher u. Zurichter sowie 1 Einzieher finden dauernde Stellung bei  
Bernhard Müller, Karlsruhe-Mühlburg.

### Maschinen-Betrieb

mit 36-Pferdekraft-Dampfmaschine, 1 Abriehobel, 1 Dickenobel, 1 Fräse, 1 Zapfenschnيدر, 1 Kreissäge, 1 Bandsäge, 1 Bandsäge, 1 Bohrmaschine, 1 Schleifmaschine umständehalber billig zu verkaufen. Näheres bei Karl Lang, Reddinghausen, Westf., Westerholderweg 126 II.

### Paritätische Arbeitsweise im deutschen Holzgewerbe.

Bezwaltet vom Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiter-Verband.

Wochenbericht vom Sonnabend, 20. März, bis Freitag, 26. März 1915.  
A = Im Laufe der Woche besetzte Arbeitsstellen. B = Offene Arbeitsstellen.  
C = Gemeldete Arbeitslose am Schluß der Woche.

Ort	Bautischler			Möbeltischler			Maschinenarbeiter			Polierer			Drechsler			Sonstige Branchen			Insgesamt		
	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C			
Berlin . . .	38	193	79	7	248	46	11	73	49	7	95	4	28	258	32	271	470	61	908		
Bremen . .	6	36	6	8	5	3	4	1	—	—	—	—	6	—	—	27	—	—	48		
Breslau . .	3	31	16	2	25	1	2	—	1	4	—	—	2	11	23	4	—	—	71		
Celle . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
Eilenburg .	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	51	2	—	51		
Fosch . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
Hamburg . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
Hannover . .	18	22	5	—	7	—	—	—	—	6	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
Herford . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	5	27	40		
Leipzig . . .	11	48	56	—	44	11	—	14	4	—	21	1	—	7	3	16	86	—	150		
Lübeck . . .	2	4	3	—	6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10		
Zusammen	78	334	167	9	336	63	13	90	58	7	127	1	4	35	273	32	354	640	65	1278	
Vor. Woche	148	343	233	5	405	69	8	87	50	—	146	9	—	28	293	11	337	802	24	1346	

NB. Unsere Mitglieder sind verpflichtet, nur den paritätischen Arbeitsnachweis zu benutzen.